



Rede von Thomas Reinke zum

Haushalt 2021

Haupt- und Personalausschuss am 26.01.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitbürger*innen,

ein denkwürdiges Jahr liegt hinter uns. Ein Jahr, das bei den Haushaltsberatungen des Haushaltes 2020 so nicht absehbar war und unsere letzten Beratungen und den Vollzug des Haushaltes an vielen Stellen zur Makulatur hat werden lassen. Hoffen wir, dass den jetzigen Beratungen und Beschlüssen zum Haushalt 2021 nicht das gleiche Schicksal widerfahren wird.

Durch die weiterhin von der Pandemie bestimmte ungewisse Situation kann eigentlich keine seriöse Haushaltsaufstellung garantiert werden. Die kommunalen Einnahmen hängen in hohem Maße von Ausgleichszahlungen für ausgefallene Steueranteile etwa bei der Gewerbesteuer oder der Einkommenssteuer ab. Betriebe, die schließen müssen, Beschäftigte in Kurzarbeit, das alles führt zu unkalkulierbaren Einnahmeverlusten und auch teils zu höheren Sozialausgaben. Vieles wird erst mit großer Verzögerung sichtbar werden.

Die faktische Aussetzung des Insolvenzverfahrens, die großzügige Kurzarbeit-Regelung und die staatlichen Hilfsprogramme verschleiern im Moment noch die tatsächliche wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Privatpersonen auch in der Stadt Herne. Alles wird jetzt davon abhängen, wann die Beschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens aufgehoben werden, in welchem Umfang und Schnelligkeit die Wirtschaft wieder Tritt fassen wird und ob die seit November versprochenen finanziellen Hilfen, insbesondere bei den kleineren Unternehmen, auch endlich mal ankommen.

Für die kommunalen Haushalte wird zudem entscheidend sein, in welchem Umfang die Ausgleichszahlungen des Bundes aufrechterhalten bleiben. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, ja Jahrzehnte, lassen die Grüne Fraktion allerdings erheblich daran zweifeln, dass Bund und Land hier ihrer Verantwortung nachkommen. Schon jetzt wird ein großer Teil der städtischen Ausgaben von Bund und Land verursacht – aber nicht erstattet. Wer bestellt zahlt? Klappt bisher nicht und wird auch nach Corona nicht so sein. Schön, dass der Kämmerer die „coronabedingten Mehrausgaben“ separat im Haushalt buchen darf. Bezahlt hat die Stadt Herne sie damit aber natürlich noch lange nicht.

Vor dieser ungewissen Kulisse muss der Haushalt bewertet werden. Letztendlich wissen wir weit weniger als in den vergangenen Jahren, wie sich das Haushaltsjahr darstellen wird.

Zunächst muss man festhalten: Der Haushalt 2021 weist auf dem Papier einen kleinen Überschuss aus; auch in der mittelfristigen Finanzplanung sind Überschüsse dargestellt, wohlgernekt ohne die coronabedingten Mehrausgaben, die sich bisher schon auf ca. 50 Millionen Euro belaufen. Aber: Das seit dem Jahr 2016 negative Eigenkapital kann auch mittelfristig nicht abgebaut werden. Der Haushalt ist damit faktisch nicht genehmigungsfähig! Um es in aller Deutlichkeit zu sagen und ich wiederhole mich da jedes Jahr gerne wieder: Die Stadt Herne ist überschuldet und als Unternehmen würde sie schon längst wegen Insolvenzverschleppung angeklagt.

Die Finanzaufsicht ignoriert diesen Aspekt aber wohl weiterhin. Was soll sie auch tun? Die Stadt hat den von ihr verlangten Haushaltssanierungsplan in den letzten Jahren immer weiterentwickelt und auch planmäßig umgesetzt. Lediglich die Abführungen aus den städtischen Beteiligungen stocken seit letztem Jahr, da sich die Finanzergebnisse der EWMM stark negativ verändert haben. Wir erwarten hier auch über den mittelfristigen Zeitraum der Haushaltsplanung hinaus keine Verbesserungen. Die ausfallenden Abführungen sind nicht ohne weiteres auszugleichen. Solange die SPD und vor allem die CDU, die in Bund und Land regiert, ihre Kolleg*innen aus Herne finanziell weiterhin so am Tropf hängen lässt, wird sich daran auch nichts ändern.

Das Jahr 2020 hat aber auch recht schonungslos die über die Jahre angehäuften Defizite der Infrastruktur und Aufgabenorganisation in Herne aufgezeigt. Hier fallen insbesondere die Defizite in den Bereichen Digitalisierung, Mobilität und Umwelt ins Auge.

Auf einige dieser Punkte möchte ich im Folgenden etwas detaillierter eingehen, um zu verdeutlichen, warum die Grüne Fraktion den vorliegenden Haushaltsplan ablehnt.

Im Verlauf der Corona-Pandemie wurden die Schwachstellen der Digitalisierung in der Stadt Herne und in der städtischen Verwaltung deutlich. Die Situation ist sicher nicht gänzlich anders als in anderen Städten, aber insgesamt überhaupt nicht zufriedenstellend.

Um die ehrenamtliche Kommunalpolitik in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben angemessen wahrzunehmen, bedarf es einer deutlich besseren digitalen Infrastruktur inklusive eines technischen Supports.

Die Installation des Systems ALLRIS war sicher ein Meilenstein in der Digitalisierung; dies hat die Arbeit deutlich erleichtert. Aber seitdem ist in einem Zeitraum von vielen Jahren nicht mehr viel passiert. Die Mandatsträger sitzen mit ihren digitalen Geräten in Sitzungsräumen, in denen häufig nicht einmal Steckdosen vorhanden sind. In historischen Räumen sicher verständlich und nicht einfach als feste Installation nachrüstbar, aber viele Sitzungen dauern eben länger, als die Akkukapazität der Digitalgeräte ist.

Einige Ratssitzungen haben jetzt im Kulturzentrum stattgefunden. Dort wurde ein WLAN zur Verfügung gestellt. Allerdings konnte man sich häufig nicht einwählen oder die Verbindung brach ab. Gerade wenn die Teilnehmer einer Sitzung auch noch Abstand halten sollen, ist eine normale Kommunikation unmöglich. Digitale Kommunikation wird somit – z.B. durch eine Chatgruppe – unabdingbar. Ein stabiles und ausreichendes WLAN sollte doch wohl auch bei städtischen Sitzungen vorausgesetzt werden können, in jedem anderen Unternehmen ist dies seit Jahren Standard.

Die Geschäftsordnung der Stadt ermöglicht zurzeit keine digitale Durchführung von Gremien-Sitzungen. Während jetzt überall Parteitage oder Tagungen mit digitaler Zugangs- und Abstimmungsberechtigung durchgeführt werden, fallen Sitzungen kommunaler Gremien einfach aus, werden verkürzt durchgeführt oder es werden die Mitglieder angehalten, möglichst schnell die Tagesordnung abzuhandeln, also möglichst keine Fragen und Anträge zu stellen. Für die regierenden Parteien aus SPD und CDU ist das sicher leichter zu akzeptieren als für die Oppositionsparteien. Das kann man in der Not auch mal machen, aber das sollte kein Dauerzustand werden.

Während in Corona-Zeiten die Videokonferenz weiter Einzug in die Fraktionsarbeit und selbst in den Schulunterricht hält, ist eine Videokommunikation mit der Verwaltung nirgends vorgesehen. Der Oberbürgermeister hält z.B. Konferenzen mit den Fraktionsvorsitzenden immer noch per Telefon ab und die Einführung von Rats-TV war jahrelang eine Posse, die sich erst jetzt - vielleicht in 2021 - erledigt, nachdem der gefühlte zehnte Antrag aus der Opposition zu dessen Einführung endlich mal angenommen wurde.

In städtischen Gesellschaften und Beteiligungen ist wiederum zumindest teilweise eine Videokonferenz oder eine Hybridsitzung möglich. Dafür werden dort Vorlagen teils als Download, elektronisch per Mail oder postalisch als Druckvorlage zur Verfügung gestellt. Mitunter werden in einer Gesellschaft für unterschiedliche Gremien Digital- und Druckvorlagen nebeneinander verwendet.

All diese Beispiele zeigen, dass über eine möglichst einheitliche Digitalausstattung dringend nachgedacht werden muss. Unseres Erachtens sollten Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder eine digitale Anbindung an die Verwaltung erhalten.

Die immer wieder erzählte Geschichte von der „Digitalstadt Herne“ ist ein Märchen, wie jetzt für alle kommunalpolitisch Tätigen sichtbar wird. Parkgebühren zahlen per Mobiltelefon und die „Herne-App“ werden mit großem Bohei in der Presse dargestellt. Bei der für die Bürger*innen viel wichtigeren Funktionen wie Terminvergabe oder Behördengänge steckt Herne digital oft noch in den Kinderschuhen und dass obwohl - insbesondere zur Digitalisierung des Antragswesens - schon vor 20 Jahren umsetzungsfähige Konzepte von der damaligen „Geschäftsstelle Virtuelles Rathaus“ in den Schubladen lagen. Vom Schul- und Bildungsbereich ganz zu schweigen.

Lediglich elf Schulen in Herne haben bis dato einen Breitbandanschluss. Ist ja nicht weiter schlimm, wenn nur sechs Schulen in Herne überhaupt ein funktionierendes WLAN haben. Laut WAZ-Bericht sollen bis Oktober 2021 elf weitere Schulen in Herne WLAN erhalten. Ob die es dann immerhin gebrauchen können? Wer weiß, denn eine einheitliche IT-Infrastruktur für die Herner Schulen gibt es noch gar nicht! Deshalb wurde die Bestellung der Endgeräte für die Lehrer*innen in Herne bis heute überhaupt noch nicht ausgeschrieben. Da wir gerade gesehen haben, wie lange die Bestellung der vom Rat beschlossenen Laptops für Schüler*innen gedauert hat, ist also absehbar, dass auch das Schuljahr 2021/2022 in Herne nicht sehr digital wird.

Die offensichtlichen Mängel bei der Ausstattung werden in den Schulen noch durch die Gebäudesituation ergänzt. Auch hier zeigt sich wieder durch die Corona-Krise deutlich, wie groß die Probleme in Herne sind. Selbst das vernünftige Durchlüften (eine der wenigen Maßnahmen, die dem Schulministerium überhaupt einfällt) ist in manchen Klassenräumen angesichts defekter und maroder Fenster nicht möglich.

Die auch von der Landesregierung in NRW und vielen Experten als sinnvolle Ergänzung zum Lüften empfohlenen und von der Grünen Fraktion beantragten Raumluftfilter werden in Herne natürlich nicht angeschafft. Mit gut 50 Millionen hat die Corona-Krise den

städtischen Haushalt bisher belastet, aber Luftfilter zum Infektionsschutz sind „finanziell nicht darstellbar“, so SPD und CDU.

Problematisch ist auch die Präsenz der Herner Wirtschaft, hier natürlich insbesondere des Handels, in der digitalen Welt. Man mag jetzt sagen, dass hier die Kaufleute zunächst selbst zuständig sind. Sicher richtig, aber in anderen Städten engagiert sich Verwaltung, Stadtmarketing oder Wirtschaftsförderung in einem stärkeren Maße. Stadtweit betriebene Handelsplattformen gibt es und wer sie schon hat, der profitiert jetzt davon. Wer sie nicht hat, dem laufen die Kunden weg zum Onlinehandel.

An dieser Stelle wird auch das Interesse der Kommune an einer digitalen Plattform deutlich. Wenn wir weiterhin einen Einzelhandel vor Ort haben wollen, muss dieser Handel auch in der digitalen Welt stärker sichtbar werden und hier eben nicht als Einzelunternehmen, sondern als Teil des städtischen Einzelhandels. Die Ideen von Verwaltung und Stadtmarketing sind der Grünen Fraktion hier nicht ausreichend. Was Herne können möchte ist „digital“, was Herne meistens kann, sind lediglich „Plakate“.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die Mobilität in Herne. Der ÖPNV ist für eine Arbeit unter Pandemiebedingungen nicht gerüstet. Es fehlen Lüftungsanlagen in Bussen und Bahnen; als Folge wird der Nahverkehr gemieden. Bislang fehlen noch exakte Daten für das Jahr 2020, doch zeigen erste überschlägige Rechnungen, dass der Nahverkehr im Jahr 2020 rund 30% der Fahrgäste verloren hat. Im Fernverkehr der Bahn sollen es noch mehr Anteile sein. Dies sind keineswegs nur Fahrgastverluste, die durch die regierungsseitig angeordneten Einschränkungsmaßnahmen entstanden sind, sondern es sind auch Verluste, die durch den Umstieg der Menschen auf andere Verkehrsarten entstanden sind. Der Nahverkehr ist der große Verlierer der Pandemie; er hat sich zurückentwickelt zu einem Verkehrsträger, der nur von Menschen genutzt wird, die keine andere Wahl haben. So wird es nicht einfach weitergehen können – es wird sehr dringend eine Neuausrichtung des ÖPNV auch in Herne geben müssen.

Gewinner bei der Mobilität sind der Individualverkehr – hier werden rund 10% Umsteiger gezählt – und der Rad- und Fußverkehr. Die letztgenannten Verkehrsarten fristen in Herne ein Schattendasein – wie so viele ökologische Themen. Aus anderen Städten haben wir erreichte Debatten über Sinn und Unsinn von schnell angelegten neuen Radwegen auf Fahrbahnen vernommen. In Herne gab es keine solche Maßnahmen. Die Chance, an einigen Stellen einen Teil des Verkehrsraums neu aufzuteilen wurde nicht genutzt.

Für die Radverkehrspolitik war das Jahr 2020 ein Jahr der Vorbereitung auf bessere Zeiten. Wir wollen nicht alles schlechtreden, es gab vernünftige Entscheidungen, aber auch Durchhänger - und das nicht nur wegen Corona.

Zu den guten Entscheidungen gehören die beschlossenen neuen Radabstellanlagen, die den Betrieb aufnehmen sollen und auch die im Haushalt angekündigte Planung für ein Radparkhaus. Hier sind wir auf die Ausführungsplanung gespannt.

Zu den negativen Höhepunkten gehört die Arbeit der Projektgruppe Radverkehr, die 2020 nicht getagt hat. Die Radbeauftragte ist 2020 in Mutterschaftsurlaub gegangen und die Stelle wurde dann erst zum Jahreswechsel wiederbesetzt. Geht man jetzt noch von einer Einarbeitungszeit aus, so darf man wohl sagen, dass wir auch im Jahr 2021 keine großen Initiativen von dort erwarten dürfen.

Das grundlegende Problem haben wir schon mehrfach angesprochen; hier zeigt sich ein erhebliches Organisationsversagen, das man wohl als bewusst herbeigeführt bezeichnen muss. Es gibt eine Reihe von Stellen, die zum Thema „Nachhaltigkeit“ arbeiten, z.B. die Klimaschutzmanagerin, die Radbeauftragte, die Mobilitätsmanagerin, der Agendabeauftragte. Diese Stellen sind alle isoliert in verschiedenen Fachbereichen und Abteilungen. Fällt eine Person aus, gibt es keine Vertretung. Wir haben hier schon mehrmals die Zusammenfassung in einer Abteilung für Nachhaltigkeit gefordert. Dies ist nicht gewollt und führt zu einer Schwächung der Arbeit.

Wie sieht es in anderen Bereichen der Mobilität aus? Immerhin soll ja eine Verkehrswende, mindestens aber etwas mehr umweltverträglicher Verkehr angestrebt werden. 2016 wurde der „Masterplan klimafreundliche Mobilität“ vorgestellt. Von vielen wurde er gefeiert, von Grünen eher kritisch gesehen. Immerhin gab es nur sehr verhaltene Zielvorstellungen für eine Neuausrichtung der Mobilität. Und in der Tat wurde bislang wenig Erkennbares in Herne umgesetzt.

Im Bereich der E-Mobilität haben insbesondere die städtischen Gesellschaften eine Reihe von E-Fahrzeugen angeschafft. Die HCR testet aktuell zwei E-Busse chinesischer Hersteller. Bei Entsorgung Herne setzt man auch auf Wasserstofftechnologie für die Nutzfahrzeuge. Hier gibt es deutliche Bewegung, das müssen wir anerkennen. Bei der Stadtverwaltung selbst sieht es allerdings anders aus. Warum in Herne, einer der kleinsten Großstädte Deutschlands was die Fläche angeht, immer noch so viele Dienstfahrzeuge mit konventionellen Antrieben unterwegs sind, ist für uns nicht nachvollziehbar. Egal ob

beispielsweise die Dezentenfahrzeuge, die Ordnungsbehörde, der Fachbereich Stadtgrün: neu angeschaffte Dienstfahrzeuge, neues Stadtlogo – aber alte Technik.

Auch die Infrastruktur für die E-Mobilität entwickelt sich deutlich langsamer als in anderen Städten. Wer mit Strom fährt, muss Strom tanken und nicht jeder kann dies Zuhause tun. Für die Langstreckenmobilität mit E-Autos sind ohnehin öffentlich zugängliche Ladestationen notwendig. Im Masterplan wurde für 2020 300 Ladesäulen anvisiert; zum Jahreswechsel waren es 32! Der Ausbau verläuft schleppend. Die Förderprogramme von Bund und Land sind offenbar zu knapp kalkuliert, aber es gibt auch andere Gründe.

Soeben ist die Planung für den klimagerechten Umbau des Parkplatzes im Sportpark Eickel vorgestellt worden. Dort sind ganze zwei Ladesäulen vorgesehen. Auf unsere Nachfrage hieß es, das Stromnetz sei zu schwach, um mehr Säulen zu betreiben. Das Argument hört man oft. Gerade die Schnellladestationen benötigen ein sehr leistungsfähiges Netz, das nicht überall verfügbar ist. Zumindest aber für die großen Parkplatzanlagen müssen Ladesäulen errichtet und die Netze nach Notwendigkeit verstärkt werden. Bis heute gibt es keine Analyse der Netze und keine Ausbauplanung für die Ladesäulen. Überall wird mal eine errichtet. So konzeptionslos kann E-Mobilität nicht gelingen.

Eingangs hatte ich die Verkehrswende angesprochen und dass das Auto Gewinner der Corona-Pandemie ist. In Herne und in NRW war das aber eigentlich auch schon vorher so. Die Statistik von IT.NRW zeigt z.B. für die Jahre von 2016 -2020 eine Zunahme der PKW-Dichte von 545 auf 570 PKW pro 1.000 Einwohner*innen. Herne schwimmt hier auf der Zulassungswelle mit; rund 4.000 PKWs mehr, das ist sicher keine Verkehrswende.

Politik und Verwaltung drücken sich um umfangreiche Entscheidungen zur Eindämmung des Individualverkehrs herum und treffen auch keine wesentlichen Entscheidungen zur Stärkung anderer Verkehrsträger.

Ehrlich muss man aber auch sagen: Das größte Hindernis ist heute die Politik. Der Verwaltung gestehen wir zu, dass hier ein Umdenken eingesetzt hat. So gab es solide – nicht revolutionäre – Vorstellungen zum Umbau der Edmund-Weber-Straße und der Dorneburger Straße. Weniger Parkplätze und neue Radverkehrsanlagen waren geplant – alles gestoppt durch politische Mehrheitsentscheidungen. Die Edmund-Weber-Straße ist mittlerweile nach einigen Änderungen auf dem Weg der Realisierung.

Ebenso gestoppt und ohne Aussprache abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen zur weiteren Planung für einen Umbau der Sodinger Straße zwischen Bochumer Straße und

Wiescherstraße. Auch hier hatte die Verwaltung einen ersten Aufschlag gemacht und der war deutlich ambitionierter als die Vorstellungen von SPD und CDU.

Wenig Ambitionen zeigt die Herne Ratskooperation - für uns nicht wirklich überraschend - auch im Umweltbereich. Das Grünflächenentwicklungsprogramm führt weiterhin ein Leben im Verborgenen. Von Weiterentwicklung keine Spur. Damit fehlt ein ähnliches Instrument, wie es mit dem WEP für die Baulandentwicklung existiert, für die Grünentwicklung. Gerade in Zeiten der Klimakrise und der Anpassung der Stadt an den Wandel wäre ein dynamisch weiterentwickeltes GEP ein wichtiges Instrument.

Ein großer Erfolg ist immerhin die Schließung der Firma SUEZ am Standort Südstraße. Die Bodenaufbereitung war immer ein die Umgebung störender Betrieb. Zu danken ist hier der Bürgerinitiative „Dicke Luft“, die sehr beharrlich und mit großem Sachverstand die Arbeit von SUEZ kritisch begleitet und dann letztlich die Standortaufgabe erzwungen hat.

Leider kann dies momentan nur als Etappensieg angesehen werden, denn eine weitere Firma, die RAG Tochter ECOSOIL, will sich jetzt dort ansiedeln. Diese Firma will zwar keine thermische Bodenreinigung durchführen, aber der LKW-Verkehr und die mechanische Aufbereitung würden erhalten bleiben.

Die Grüne Fraktion hat beantragt, dass die Stadt das Gelände kauft und für nicht störendes Gewerbe entwickelt. Hier erwarten wir ein schnelles und besonnenes Handeln.

Ein besonnenes Vorgehen würden wir uns auch beim Baumbestand in Herne wünschen. Auch wenn dies gerne umschrieben wird, so ist doch richtig, dass Herne durch Rodungsarbeiten z.B. der Emschergenossenschaft im Zuge der Emscher-Renaturierung und - aus grüner Sicht nicht notwendig - durch die Rodungen auf der ZDE sowie durch die alltäglichen und oft für die Bürger*innen nicht nachvollziehbaren Baumfällungen im öffentlichen und privaten Raum erheblich an altem Baumbestand verliert.

Eigentlich muss für jeden Baum ein Ausgleich geschaffen werden, der dann erst im Laufe der Zeit ein vollwertiger Ersatz sein wird. Sorge bereitet hier, dass Flächen für Ersatzpflanzungen knapp sind und die Pflanzungen nicht zeitnah erfolgen. Die Finanztöpfe mit den Ausgleichszahlungen sind voll, die Neubepflanzungen fehlen.

Da hilft auch nicht der medienwirksame Oberbürgermeister, der viele neue Baumpflanzungen ankündigt. Vergessen wird dabei zu sagen, dass es sich bei einem Großteil dieser neuen Bäume um Ersatzpflanzungen für Rodungen oder Neuaufforstungen für Sturmschäden handelt. Also kein Grund zum Jubeln, sondern eigentlich eine

Selbstverständlichkeit, um den ursprünglichen Bestand wiederherzustellen. Was Herne aber braucht, sind mehr Bäume, mehr Grün- und Wasserflächen und bessere Verkehrskonzepte, um die Klimakrise stoppen zu können.

Nicht nur die Klimakrise muss mit deutlich ambitionierteren und besseren Maßnahmen seitens der Herner Politik und Verwaltung gestoppt werden, sondern natürlich auch die Coronakrise. Die Pandemie hat die Stadt Herne über Gebühr getroffen. Herne zählte und zählt auch weiterhin zu den Orten mit den höchsten Ansteckungsraten.

Erklärungen werden nicht geliefert. Sie sind sicher auch schwer zu finden und vielleicht ist auch nicht alles aufklärbar, aber wir können überhaupt keinen Aufklärungswillen erkennen. Die Auftritte des Fachbereichs Gesundheit im Sozialausschuss waren von Selbstzufriedenheit geprägt, die wir nicht vollumfänglich teilen. Der eine oder andere Vorgang wird ja auch an uns herangetragen und zeigt doch eine verbesserungsfähige Arbeit.

So wird uns immer wieder berichtet, dass das Gesundheitsamt telefonisch nicht erreichbar sei. Quarantäneanordnungen und Infektionskettenverfolgung sind offenbar lückenhaft und widersprüchlich. Bis heute ist unklar, ob und wie Quarantäneanordnungen überhaupt überprüft werden. Zudem fehlt offenkundig eine Versorgungsstruktur für Personen in Quarantäne. Hier verlässt man sich offenbar darauf, dass alle das selbst regeln können. Hilfe ist seitens der Stadt jedenfalls nicht zu erwarten.

Auch die Information der Bürgerschaft über den Verlauf der Pandemie in Herne ist auf dem denkbar niedrigsten Niveau. Tägliche werden neue Todesfälle und Infektionen gemeldet. Eine Einordnung in ein Gesamtgeschehen und eine Bewertung der Lage erfolgt nicht. So kennen wir die Zahl der Toten, aber nicht die Altersverteilung und normierte Verteilung auf die Infizierten. Daraus könnte man Risikogruppen ableiten, die besonders geschützt werden könnten. Gibt es eine Übersterblichkeit und ist sie durch Corona hervorgerufen?

Nachbarstädte wie Gelsenkirchen zeigen hier deutlich transparentere und besser aufbereitete Daten zum Pandemie-Verlauf. Selbst die 7-Tage-Inzidenz teilt die Stadt Herne weder in ihren Pressemitteilungen noch auf ihrer Homepage mit, sondern verweist lediglich auf das Robert-Koch-Institut. Aber auf das Märchen der „Digitalstadt Herne“ bin ich ja bereits zu Beginn meiner Rede eingegangen.

Es fehlt auch eine Information zum Verlauf der Impfungen. Die Verfügbarkeit verschiedener Impfstoffe könnte für verschiedene Impfstrategien genutzt werden. Aus

Pflegeheimen hört man, dass ein größerer Teil des Personals nicht geimpft werden will. Was tut die Stadt zur Aufklärung und Erhöhung der Impfbereitschaft? Bleibt das den Betreibern überlassen? Die jetzt aufgezeigten großen Probleme bei der Beschaffung der Impfdosen können und wollen wir nicht der Stadt Herne anlasten, das haben Bund und Land zu verantworten. Auch für die unverständlichen und widersprüchlichen Corona-Regeln (als Beispiele seien hier das Hin und Her zu Silvester oder die 15-Kilometer-Regel genannt) ist nicht die Stadt verantwortlich.

Aber das erst nach vehementen Nachfragen der grünen Fraktion im Stadtrat eine größer angelegte Informationskampagne zur Aufklärung erfolgte ist traurig und auch beim Thema Homeoffice sollte die Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Beide genannten Aspekte sind aus unserer Sicht noch deutlich ausbaufähig.

Man muss hier feststellen, die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze ist weitgehend abgetaucht. Wir erinnern uns an umfängliche Pressearbeit, wenn irgendwo in der Stadt irgendwas eröffnet wurde. Was ist mit der Pressearbeit in Corona-Zeiten? Zu diesem Thema - außer der täglichen Mitteilung aus dem Krisenstab und einem gelegentlichen Facebook-Post – ist die Pressearbeit praktisch eingestellt.

Man könnte jetzt sagen, läuft nicht sowieso auf allen Kanälen Corona bis zum Überdross und müssen wir da mitmachen? Wir müssen nicht das machen, was alle anderen machen, sondern seriöse Aufklärung und Einordnung des Geschehens in Zusammenhängen bieten.

Liebe Zuhörer*innen, in dieser Rede habe ich Ihnen hoffentlich an ausgewählten Themenfeldern aufzeigen können, wie die Grüne Fraktion das Handeln von Politik und Verwaltung in Herne bewertet und die Zusammenhänge zwischen den Problemen und den handelnden Personen und Fraktionen einordnet.

Die daraus resultierende Folge ist für uns eindeutig: Die Grüne Fraktion lehnt den Haushalt 2021 ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und unabhängig von unterschiedlichen politischen Meinungen und Bewertungen des Haushaltes, wünsche ich Ihnen Herr Oberbürgermeister und Ihnen liebe Kolleg*innen und Mitbürger*innen vor allem eins in dieser schwierigen und herausfordernden Zeit: Bitte bleiben sie gesund!